

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 22. November 2018

betreffend Verbot kurzzeitiger Vermietungen im gemeinnützigen Wohnbausektor

Die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort wird ersucht zu prüfen, ob im Rahmen der auszuarbeitenden WGG-Novelle die Kurzzeitvermietungen im sozialen Wohnbau auf Internet-Plattformen wie Airbnb gesetzlich verboten werden können.

